

Wie die Nußbaums ausgeplündert wurden

Finanzanwärtnerinnen befassen sich mit nationalsozialistischer Geschichte der Devisenstelle im Haus des Reichs



DIE FINANZANWÄRTNERINNEN KARIN SAKALAS (VON LINKS), VIOLA HAMMERNIK UND NADINE KURZHALS HABEN SICH MIT DER NS-GESCHICHTE DER BEHÖRDE BEFASST.

Bahnhofsvorstadt. Zimmer 433 im Haus des Reichs, Ende der 1930er-Jahre. Eine junge Bremerin steht vor einem Schreibtisch. Man hat sie in die Behörde zitiert. Über alles soll sie Auskunft geben: Was hat sie in dem kleinen Handkoffer? Was besitzt sie sonst noch? Was trägt sie am Körper? Sie wird aufgefordert, im Detail ihre Unterwäsche aufzulisten, die sie mitzunehmen gedenkt. Sie ist in die Behörde zitiert worden, weil sie Jüdin ist und weg will, fort aus Nazi-Deutschland. Vor der Tür stehen Dutzende anderer in der gleichen Lage. Alleine im Herbst 1939 mussten insgesamt etwa 2000 Männer und Frauen an drei Vormittagen zwischen neun bis zwölf bei der Devisenstelle im Haus des Reichs antreten. Erlasse sollten das Ausführen von Kapital so gut wie unmöglich machen. Der Staat kassierte bei denen ab, die er verfolgte.

Kritische Auseinandersetzung mit ihrer Rolle in der NS-Zeit ist bei der Finanzbehörde in Bremen inzwischen Grundsatz. So arbeiten Finanzanwärterinnen und -anwärter an einem Geschichtsprojekt. „Ich hoffe, dass wir Schule machen“, sagt Gundula Rentrop, Projektbeauftragte der Finanzbehörde, was das Engagement anderer Behörden in der Geschichtsaufarbeitung angeht. Sie betreut das Projekt der Studierenden und ist sich sicher: „Man lernt nur am Original.“ Hinter den Zahlen verbergen sich Schicksale. Karin Sakalas, die im Hulsbergviertel wohnt, Viola Hammernik aus Langwedel und Nadine Kurzhals aus Stuhr haben an einem dieser Projekte gearbeitet: „Die Devisenstelle im Haus des Reichs. Zur ‚Sicherung‘ jüdischen Vermögens durch die Bremer Finanzverwaltung“.

Aus dem Land gedrängt

Begonnen hatte die Geschichte der Devisenstelle schon in der Weimarer Republik. Die Stelle wurde eingerichtet, um in Zeiten der Wirtschaftskrise Devisenflucht zu verhindern, also zu unterbinden, dass Reiche all ihr Vermögen ins Ausland transferieren, bevor sie selbst emigrieren. Die Steuer hieß entsprechend: „Reichsfluchtsteuer“. 25 Prozent des Vermögens mussten in Deutschland bleiben. Der freie Kapitalverkehr wurde Ende der 20er-Jahre abgeschafft, um das eine weitere wirtschaftliche Schwächung der Republik zu verhindern, und eine Zwangsbewirtschaftung von Devisen eingeführt.

Allerdings sollte die Regelung nur temporär sein. Die Nazis aber verlängerten das Gesetz 1933 und begannen wenig später mit der schleichend zunehmenden Verfolgung, Drangsalierung und wirtschaftlichen sowie sozialen Schlechterstellung unerwünschter Personengruppen. „Es gibt viele Möglichkeiten, Menschen steuerpolitisch zu unterdrücken“, sagt Gundula Rentrop. Sie hat beim Studium der Akten verschiedenste kennengelernt. Die Beamten in den Devisenstellen der Nazizeit waren besonders erfinderisch und auch nicht darauf bedacht, ihr Tun zu verheimlichen. „Es wurden allerlei Maßnahmen unternommen, um die Menschen aus dem Land zu drängen.“ Und wer ging, durfte schon bald so gut wie nichts mehr mitnehmen. Oder musste hohe Abgaben zahlen.

Zur „Reichsfluchtsteuer“ kam die Degeo-Abgabe, die von ursprünglich 20 Prozent auf 96 Prozent im Jahr 1939 stieg. Vermögen, das transferiert werden sollte, musste bei der Deutschen Golddiskontbank auf ein spezielles Konto eingezahlt werden.

Doch oft kam es gar nicht so weit: Beim geringsten Verdacht der geplanten Ausreise konnte die Devisenstelle auch eine Sicherungsanordnung des Vermögens einer Familie treffen, sodass deren komplette Besitztümer eingefroren wurden und die Geldmittel auf ein Sperrkonto überwiesen werden mussten. „Die Devisenstelle hatte den Daumen drauf“, sagt Gundula Rentrop. Die eigentlichen Besitzer konnten dann nur noch mit schriftlicher Genehmigung über ihr Geld verfügen. Alles, was ihnen blieb, waren 150 Mark Taschengeld im Monat.

Karin Sakalas, Viola Hammernik und Nadine Kurzhals haben sich speziell mit dem jüdischen Arzt Oskar Nußbaum, seiner Frau Martha und seiner Tochter beschäftigt und in einer szenischen Lesung vorgetragen, was die Arbeitsgruppe aus Akten, Briefen und sonstigen Unterlagen rekonstruiert hatte.

Auch Oskar Nußbaum dachte, dass „dieser Hitlerspuk schon vorbeigehen würde“. In der Pogromnacht im November 1938 wurde er festgenommen, gemeinsam mit anderen jüdischen Männern und männlichen Jugendlichen ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt und schwer misshandelt. Wer, wie er, nach einigen Wochen freikam, musste sich verpflichten, über die Haftbedingungen zu schweigen und Deutschland auf dem schnellsten Weg zu verlassen.

Der Arzt verkaufte, um die Auswanderung zu finanzieren, das Haus der Familie an der Nordstraße in Walle zu einem Spottpreis an ein NSDAP-Mitglied. Noch im selben Jahr flohen die Nußbaums in die USA. Nur 480 Dollar hatten sie für den Neuanfang.

Erst Jahrzehnte später, im Jahr 1969, erhielt die Tochter nach langem Ringen mit der Entschädigungsstelle umgerechnet rund 3550 Euro (7143 D-Mark) als Entschädigung. Ihre Familie hatte einst 106 000 Reichsmark besessen.

Oskar Nußbaum

Der promovierte Mediziner aus Gedern in Oberhessen hatte 1910 Martha Rosenheim aus Würzburg geheiratet, die Tochter des Viehhändlers Gustav Rosenheim und dessen Frau Meta. Zuletzt hatte er in Bremen praktiziert. Am 26. August 1939 gingen er, seine Frau und seine Tochter in Bremerhaven an Bord eines Schiffes nach New York. In dem Buch „Doctors under Hitler“ von Michael H. Kater ist Oskar Nußbaum als letzter jüdischer Arzt erwähnt, der Deutschland über diesen Hafen verließ.